

## Restrukturierung der größten außeruniversitären Trägergesellschaft für Grundlagenforschung in Österreich



### Unternehmen:

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien

### Info zum Unternehmen

- Die **Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW)** ist eine Gelehrten-gesellschaft und die größte Träger-gesellschaft außeruniversitärer Grundlagenforschung in Österreich.

### Zeitraum:

Mai 2011 – April 2014

### Rolle/Aufgabe:

- Direktor für Finanzen und Administration

- Sie ist heute eine mit einem jährlichen Basisbudget von rund 100 Mio. Euro ausgestattete, größtenteils staatlich finanzierte Einrichtung mit über 770 gewählten Mitgliedern, rund 1800 Mitarbeitern und 25 Forschungseinrichtungen in Wien, Graz, Linz, Innsbruck und Leoben - von Archäologie über Life Science bis zur Weltraumforschung.
- Nach der Verabschiedung des Universitätsgesetzes 2002 wurden auch an der ÖAW umfangreiche Reformprozesse in die Wege geleitet.

### Situation, Aufgabe, Ziel:

- Im Rahmen des Reformprozesses erfolgte im Jahr 2012 die erste Leistungsvereinbarung (LV) zwischen ÖAW und dem Wissenschaftsministerium, die zum ersten Mal in der Geschichte der ÖAW auf eine verstärkte Fokussierung der ÖAW auf einzelne Forschungsbereiche abzielte und eine Finanzierung über einen Leistungszeitraum von 3 Jahren (2012-2014) sicherstellte.
- Die Aufgabe und das Ziel bestand darin, in enger Zusammenarbeit mit dem Präsidium, der Gelehrten-gesellschaft und den Forschungseinrichtungen der ÖAW einerseits und dem Wissenschaftsministerium andererseits den finanziellen, organisatorischen und vertragsrechtlichen Rahmen für die Leistungsvereinbarung zu erarbeiten und bereit zu stellen.

### Herausforderung

- Bei der Analyse der finanziellen Situation und deren Hochrechnung auf die Jahre 2012-2014 für die Leistungsvereinbarung ergab sich ein Fehlbetrag von kumuliert 25 Mio. €. Sofortiger Handlungsbedarf war geboten.
- Zusätzlich zur Leistungsvereinbarung musste ein Sanierungskonzept erarbeitet werden.
- Die Beharrungskräfte innerhalb der Gelehrten-gesellschaft waren sehr stark und stritten die Sanierungsnotwendigkeit ab. Alles sollte so bleiben „wie früher“. Das Wissenschaftsministerium, letztlich also der Steuerzahler, sollte alle Begehrlichkeiten finanzieren und für eine Finanzierung des Fehlbetrages sorgen.

### Durchführung:

- Analyse der finanziellen Situation, Präsentation des Ergebnisses -25 Mio. € Fehlbetrag über die LV-Periode 2012 – 2014- gegenüber Präsidium und Wissenschaftsministerium.
- Ausarbeitung eines ersten Sanierungskonzeptes, das unter Anwendung privatwirtschaftlicher Grundsätze die Entlassung von 300 Mitarbeitern, damals 20% des gesamten Personalstands zur Folge gehabt hätte.
- Ausarbeitung und Vermittlung eines zweiten Sanierungskonzeptes, das die Ausgliederung von Forschungseinrichtungen an Universitäten, Synergien durch Zusammenlegung von Forschungseinrichtungen und einen angehobenen Forschungskostenzuschuss seitens des Wissenschaftsministeriums beinhaltete.
- Erstellung eines Organisationskonzeptes für die ÖAW, das die strukturelle Trennung von Gelehrten-gesellschaft und Forschungsträger als Kernelement beinhaltete.

**Ergebnis:**

- Die vorgesehene Entlassung von 300 Mitarbeitern fand nicht statt, stattdessen wurden Institute zusammengelegt und einzelne Einrichtungen an österreichische Universitäten übertragen und die Finanzierungszusage des Wissenschaftsministerium erhöht.
- Für eine derart restrukturierte ÖAW, die in Ihrer Grundstruktur -Gelehrtenegesellschaft und Forschungsträger- unangetastet blieb, wurde im Frühjahr 2012 die erste Leistungsvereinbarung 2012 – 2014 mit dem Wissenschaftsministerium erfolgreich abgeschlossen. Die akute Krise war abgewendet
- Intensiv wurde dann Ende 2012 die völlige Trennung von Gelehrtenegesellschaft und Forschungsträger mit zwei Spitzen (Präsident und Forschungsdirektor) unter dem gemeinsamen Dach der Akademie diskutiert, so wie in meinem Organisationskonzept empfohlen.
- Das von Sommer 2013 bis 2017 im Amt befindliche Präsidium verfolgte jedoch statt einer Trennung lediglich eine Strategie der internen Verwaltungsreform.